



Landkreis Schaumburg

Der Landrat

Landkreis Schaumburg Postfach 31653 Stadthagen

Stadt Bad Nenndorf
Rodenberger Allee 13
31542 Bad Nenndorf

Amt: Bauordnungsamt
Auskunft erteilt: Frau Stolz

Tel.-Durchwahl: 05721 703 1512

Fax: 05721 703 1590

Besuchszeiten: Mo.: 8.30 - 12.00 Uhr u.
14.00 - 15.30 Uhr
Fr.: 8.30 - 12.30 Uhr

E-Mail: britta.stolz@schaumburg.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen
63/19//01027/2023

Datum
22.12.2023

Bebauungsplan Nr. 107 "Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund" der Stadt Bad Nenndorf - Parallelverfahren zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Nenndorf

Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihre Anforderung vom 22.11.2023 erhalten Sie zum oben genannten Bauleitplanverfahren nachstehende Stellungnahme hinsichtlich der von Seiten des Landkreises Schaumburg zu vertretenden öffentlichen Belange:

Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes

Zu o. g. Bebauungsplan wurde bereits mit Schreiben vom 25.08.2023 Stellung genommen. Weitere Anregungen und Bedenken haben sich zwischenzeitlich nicht ergeben.

Belange des Straßenverkehrs

Gegen den o. g. Bebauungsplan bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken.

Belange des Naturschutzes

1. Die gemäß Umweltbericht verbindlich eingesetzte ökologische Baubegleitung (ÖBB) ist der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) namentlich zu benennen.
Aufgrund der Größe der Baustelle und der Lage in teilweise naturschutzfachlich sehr sensiblen Bereichen, ist der Kontakt für einen fortwährenden Austausch zwischen der UNB und der ÖBB herzustellen. Die ÖBB ist mindestens 4 Wochen vor Einrichtung der

Baustellen bei jeglichen Maßnahmen einzubinden. Alle Tätigkeiten sind schriftlich zu dokumentieren und der UNB unaufgefordert zu übermitteln.

2. Die Baufeldräumung und die Beseitigung von Gehölzen sind aus artenschutzrechtlichen Gründen nur in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. zulässig. In Kap. 6 „Baufeldräumung“ der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes, wird dieser Zeitraum nicht konkret genannt, dies ist zu ergänzen. Ein abweichender Baubeginn oder abweichende Fällzeiträume innerhalb der Brutzeit sind im Einzelfall bei der Unteren Naturschutzbehörde Schaumburg zu beantragen und nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung zulässig.
3. Alle betroffenen Gehölzstrukturen sind während der Bautätigkeiten und des Bauvorhabens gemäß DIN 18920 und RAS-LP 4 vor Beschädigungen im gesamten Wurzelbereich zu schützen. Der Wurzelbereich umfasst den gesamten Bodenbereich unter der Kronentraufe des Baumes zuzüglich 1,50 m nach allen Seiten. In Kap. 7 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird lediglich von einem Schutz der Kronentraufe gesprochen, diese Formulierung kann im weiteren Verfahren zu Verständnisproblemen führen und ist zu konkretisieren.
4. Im Erlengrund sind die Fahr-, Arbeits- und Abstellbereiche, gemäß der Empfehlungen im Kap. 3.3 des Umweltberichtes, mit Baggermatten oder Stahlplatten (Lastverteilplatten) vor Verdichtung zu schützen.
5. Bei der Einrichtung der temporären Baustelleneinrichtung und ihrer Zufahrt nördlich der B65 ist dem Erhalt und Schutz der vorhandenen Gehölze an der Erlengrundstraße und umzu eine besondere Bedeutung beizumessen. Der Grundsatz der Vermeidung von Beeinträchtigungen, gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der vorhandenen Gehölzstrukturen ist zu berücksichtigen.
6. Die Ausführungsplanungen für alle Ersatzpflanzungen gem. Kap. 4.1 der textlichen Festsetzungen des B-Planes sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
7. Die Standorte für die Ersatzanpflanzungen im Erlengrund sowie die Auswahl der Baumarten für die Pflanzungen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Denkmalbehörde abzustimmen.
8. Im Zuge der Baumaßnahme gehen nach den Ausführungen im Umweltbericht etwa 131 m² eines gesetzlich geschützten Biotops (§ 30 BNatSchG) verloren. Bei dem Biotoptyp handelt es sich um einen Erlen- und Eschenwald der Talniederungen (WET). Bei diesem Wald handelt es sich, nach Einstufung der Biotoptypen (Drachenfels 2019), um einen kaum bis gar nicht regenerationsfähigen Biotoptyp. Demzufolge wird für den Verlust von Teilen des Biotops ein Kompensationsbedarf, gemäß der Abstimmungen mit dem zuständigen Planungsbüro Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten, in einem Verhältnis von 1:3 erforderlich. Unter Berücksichtigung dieses Kompensationsbedarfs kann eine Ausnahme von dem gesetzlichen Biotopschutz in Aussicht gestellt werden.

Hinweis:

Der gesamte Bereich des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegebrücke“ liegt im Geltungsbereich der Landschaftsschutzgebietsverordnung des Landschaftsschutzgebietes „Süd- Deister“.

Auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung des Bebauungsplanes Nr. 107 „Geh- und Radwegebrücke“ und unter Berücksichtigung der Anforderungen und Hinweise dieser Stellungnahme, kann eine Befreiung von den Verboten der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Süd- Deister“ erteilt werden. Ein entsprechender Antrag ist vor Satzungsbeschluss mit den aktuellen Planunterlagen zu stellen. Der konkrete zeitliche Ablauf ist noch abzustimmen.

Belange der Kreisstraßen, Wasser- und Abfallwirtschaft

Der geplante Brückenbau liegt in der Schutzzone II und III des Heilquellenschutzgebietes Bad Nenndorf. Richtig ist, wie im Text erwähnt, dass bei den neueren Planungen zur Novellierung des Heilquellenschutzgebietes der Bereich Erlengrund als Schutzzone II vorgesehen ist. Dieser wichtige Aspekt wird aber nur in der Begründung aufgeführt, im Umweltbericht von Kortemeier Brokmann vom 16.11.2023 wird nur auf die Lage in den Abgrenzungen von 1926 bezuggenommen. In der Umweltbetrachtung wird auf den Heilquellenschutz nicht eingegangen, dies ist zu ergänzen.

Für die Gründung der Brückenfundamente sind tiefere Bodeneingriffe geplant. Bohrungen, Ausgrabungen und andere Arbeiten in Schutzzone II in einer größeren Tiefe als zwei Meter, in der Schutzzone III in einer größeren Tiefe ab fünf Meter, gemessen vom gewachsenen Boden, bedürfen entsprechend der Heilquellenschutzgebietsverordnung vom 26.07.1923, geändert am 07.03.1997, einer separaten Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde des Landkreises Schaumburg. Diese Genehmigung wird separat durch die UWB erteilt.

Bei der Variantenbetrachtung unter Punkt 4.2 Planungskonzept fehlen ebenfalls die Aspekte des Heilquellenschutzes – d.h. Angaben zu Gründungstiefen und Auswirkungen auf die Heilquellen. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit der Aspekt der Art der Gründung und die damit verbundenen Gründungstiefen bei der Variantenauswahl berücksichtigt wurden.

Eine Variantenbetrachtung und Abwägung der Schutzgüter sollen im wasserrechtlichen Antrag erfolgen. Die abschließende Entscheidung über die Art der Gründung erfolgt in enger Abstimmung mit der UWB und kann erst im Nachgang mit der wasserrechtlichen Genehmigung konkretisiert werden.

Laut Unterlagen wird für die Baumaßnahme eine temporäre Grundwasserhaltung mit einer Absenkung von 1,5 m erforderlich. Auch diese bedarf einer separaten Erlaubnis durch die UWB. Die Antragsunterlagen sind rechtzeitig mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

Die Hinweise bzgl. der erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung für Grabenverrohrungen aus meiner ersten Stellungnahme wurden berücksichtigt. Die Umgestaltung der Entwässerungssituation der Breitenfelder Quelle bedarf ebenfalls einer wasserrechtlichen Genehmigung – entsprechende Abstimmungen dazu zwischen der Stadt Bad Nenndorf und der Unteren Wasserbehörde finden bereits statt.

Bodenschutz

Die bodenschutzfachlichen Aspekte meiner ersten Stellungnahme wurden berücksichtigt.

Belange der Wirtschaftsförderung und Regionalplanung

Zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 107 „Geh- und Radwegbrücke B 65 / Erlengrund“ sind aus raumordnerischer Sicht keine über meine im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB abgegebene landesplanerische Stellungnahme hinausgehende Anregungen vorzubringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 25.08.2023.

Belange des Immissionsschutzes

Zu der vorgelegten Planung werden aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.

Belange des Bauordnungsrechtes

Aus bauordnungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken zu der o.g. Bauleitplanung.

Belange des Denkmalschutzes

Aus Sicht der Bau- und Bodendenkmalpflege sind zu der oben genannten Bauleitplanung keine weiteren Bedenken vorzubringen.

Aus Sicht der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) wird jedoch empfohlen, im Text unter der Überschrift „3.6 Denkmalschutz und Denkmalpflege“ eine einheitliche Abkürzung für das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz / NDSchG zu verwenden.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Farbgebung des Brückenbauwerks im weiteren Verfahren noch mit der UDSchB abzustimmen ist. Eine Deckbeschichtung des Brückenkörpers im Farbton RAL 9010 Reinweiß entsprechend dem Vorschlag des Planungsbüros hat auf die Denkmalumgebung eine sehr dominierende Wirkung und kann zu einer Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes des denkmalgeschützten Kurparks führen.

Belange des Planungsrechtes

In der Präambel des Bebauungsplanes wird Bezug auf § 84 der Niedersächsischen Bauordnung genommen, der Bebauungsplan schließt jedoch keine örtlichen Bauvorschriften ein. Der Verweis auf diese Rechtsgrundlage sollte entfallen.

Aus Gründen der Eindeutigkeit empfehle ich, für die Überschrift der textlichen Festsetzung unter 4. den Begriff „Anpflanzfestsetzung“ zu verwenden, da der Begriff „Pflanzgebot“ an § 178 Baugesetzbuch gebunden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag